

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version

Gewerkschaften vor neuen Aufgaben

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1972) : Gewerkschaften vor neuen Aufgaben, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 6, pp. 280-281

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134403>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

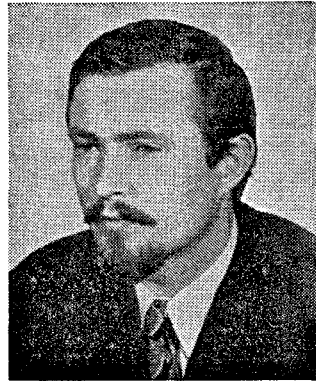
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Gewerkschaften vor neuen Aufgaben

In diesem Monat treffen sich Gewerkschaften aus England, Holland, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in Genf. Einberufen wurde diese Zusammenkunft von der Internationalen Metallarbeiter-Föderation. Ziel dieser Initiative, die von britischen Gewerkschaftsvertretern ausgeht, ist die Ausarbeitung von internationalen Tarifverträgen und eine Koordinierung des Gewerkschaftsverhaltens gegenüber den großen multinationalen Automobilkonzernen wie z. B. Ford und General Motors. Sollte es den beteiligten Gewerkschaften gelingen, in den angesprochenen Fragen zu einer Übereinstimmung zu gelangen, dann wird als nächster Schritt an eine Aussprache mit dem Management von „Ford of Europe“ gedacht, um u. a. zu einer Angleichung von Arbeitszeit und Urlaub zu gelangen.

Zwar bemühten sich die Internationale Metallarbeiter-Föderation und auch andere internationale Gewerkschaftssekretariate teilweise schon seit Jahren um eine vertiefte Kooperation, doch blieben konkrete Formen der Zusammenarbeit bislang Stückwerk und beschränkten sich in der Regel auf internationale Tagungen, unverbindliche Resolutionen und Proklamationen sowie die Anfertigung von Studien. Insofern stellt die Aktion in Genf einen ersten Schritt in Richtung auf eine engere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gewerkschaften dar, der in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte.

Die Gewerkschaften ziehen mit diesem Vorgehen die Schlußfolgerung aus der schon länger vorhandenen Erkenntnis, daß mit der zunehmenden Internationalisierung der Produktion, den dadurch veränderten Größenordnungen im wirtschaftlichen Bereich und der Integration der Volkswirtschaften neue Probleme und Aufgaben auf sie zukommen. Schon 1969 wurde in einer Resolution des 9. Weltkongresses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) unmißverständlich erklärt: „Multinationale Gesellschaften sind Weltunternehmen mit massiver wirtschaftlicher und finanzieller Stärke, die sich durch eine Tätigkeit im weltweiten Rahmen jeder Form einer demokratischen Kontrolle entziehen. Die multinationalen Gewerkschaften sind für die internationale freie Gewerkschaftsbewegung eine neue Herausforderung.“ Wenn auch die Aussage über das Fehlen jeglicher demokratischer Kontrolle relativiert werden muß, da keine internationale Unternehmung vollständig im luftleeren Raume schwebt, sondern den legislativen und wirtschaftlichen Entscheidungen und Rahmenbedingungen des Heimat- sowie des Gastlandes Rechnung tragen muß, so ist doch unzweifelhaft, daß übernationalen Unternehmen größere Möglichkeiten offenstehen, sich dem direkten Zugriff von Regierungen und Arbeitnehmerorganisationen zu entziehen. Insofern werden die Gewerkschaften durch übernational organisierte Unternehmen bei der Tarifpolitik, der Sozialpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik heute vor andere Probleme gestellt als durch rein nationale Unternehmen.

Diese Probleme stellen sich besonders stark im Rahmen der EWG. Der Auffassung mancher ihrer Kritiker, daß der Integrationsprozeß bislang relativ einseitig verlief, muß leider zugestimmt werden. Während auf der Produktions- und Absatzseite große und nicht zu verkennende Fortschritte erzielt wurden, ist eine „gemeinsame“ Tarif- und Sozialpolitik bisher über Ansatzpunkte nicht hinausgekommen. Da die

Gewerkschaften überhaupt noch nicht „integriert“ sind, sondern immer noch vorwiegend national ausgerichtet agieren, haben Unternehmen, deren Produktion europäisch organisiert ist, einen erheblichen Integrationsvorsprung.

Konsequenz dieses unterschiedlichen Integrationsstandes bei den Sozialpartnern kann – wenn auch nicht von heute auf morgen, so doch in nicht allzu ferner Zukunft bei Fortschreiten auf dem Integrationswege – eine Verringerung der gewerkschaftlichen Substanz sein. Denn einerseits werden die europäischen Unternehmen immer wieder versuchen, sich – je nach Unternehmensstruktur und -organisation – dem tarif- und sozialpolitischen Zugriff der nationalen Gewerkschaften zu entziehen; andererseits besteht die Möglichkeit, daß isolierte Aktionen nationaler Gewerkschaften negative Folgen für die Arbeitnehmergruppen anderer Länder haben.

Besonders deutlich zeigen sich derartige mögliche Auswirkungen am Extremfall tarifpolitischer Auseinandersetzungen, dem Streik. Selbst wenn das oder die bestreikten Unternehmen langfristig nicht in der Lage oder willens sind, eine regionale Umstrukturierung ihrer Produktion vorzunehmen, so mag eine kurzfristige Umdisposition im Produktionsbereich eine wirkungsvolle Waffe sein, um einen Streik ins Leere laufen zu lassen. Denn einem Unternehmen, das in mehreren Ländern produziert, kann die Möglichkeit offenstehen, den streikbedingten Produktionsausfall durch verstärkte Produktionsanstrengungen seiner Betriebsstätten in anderen Ländern auszugleichen.

Dies trifft sicherlich nicht immer zu. Wenn ein übernationales Unternehmen vertikal integriert ist, d. h. Produktionsstätten des einen Landes von den Lieferungen der Tochtergesellschaften in anderen Ländern abhängig sind, ist die Position dieses Unternehmens in der tarifpolitischen Auseinandersetzung weitaus schwächer. Beispiele solcher Unternehmen in Europa finden sich vor allem in der Automobil- und Computerindustrie. In diesen Fällen hat eine nationale Gewerkschaft eine starke, wenn nicht die stärkere Position in der Auseinandersetzung inne. Allerdings besteht dabei die Gefahr, daß bei einem Streik in einem Land die Arbeitnehmer in den übrigen Ländern durch Kurzarbeit oder Arbeitsplatzverlust mitbetroffen werden können. Beispielhaft dafür war der Ausstand der britischen Metallarbeiter bei Ford-London vor nicht allzu langer Zeit. Beide Möglichkeiten zeigen, daß eine engere Kooperation und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gewerkschaften als unumgänglich erscheint.

Eine derartige Zusammenarbeit wäre aber nicht nur im Eigeninteresse der Gewerkschaften, sondern entspräche auch staatlichen und gemeinschaftlichen Interessen. Erstens könnten derartige Aktionen verhindern, daß Unternehmen sozialpolitischen Programmen dadurch ausweichen, daß sie ihre Tätigkeit vor allem in andere Länder mit weniger stark ausgestalteten Sozialsystemen verlagern. Gleiches gilt auch für solche anstehenden Maßnahmen wie z. B. auf dem Gebiete des Umweltschutzes. Zweitens würden damit zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Gemeinschaft und regional- sowie strukturpolitische Ungleichgewichte mit den entsprechenden Beschäftigungs- und Wachstumseffekten vermieden werden können. Und drittens könnte eine derartige Zusammenarbeit ein bedeutendes Stimulans für die weitere Integration der Gemeinschaft sowohl auf sozialpolitischem wie auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet darstellen.

Eine engere Zusammenarbeit heißt dabei nicht, sich den mit der Integration notwendig verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Verschiebungen entgegenzustellen oder die Entwicklung zu übernationalen Unternehmens- und Konzentrationsstrukturen durch überkommene Schutzmaßnahmen aufhalten zu wollen. Eine Verhinderung der Ausweitung der Märkte, der internationalen Arbeitsteilung und Zusammenarbeit würde nämlich nur den Interessen der Arbeitnehmer selbst schaden. Es geht darum, daß sich auch die Arbeitnehmerorganisationen zunehmend auf die übernationalen und internationalen Entwicklungen einstellen und versuchen müssen, auf den Integrationsprozeß nicht nur zu reagieren, sondern sich gestaltend an diesem Prozeß zu beteiligen. Diese Herausforderung stellt sich für jede nationale Gewerkschaft in Europa, unabhängig von ihrer politisch-ideologischen Position. Und darin liegt die Bedeutung der Genfer Initiative.